



**ARBEITER-**

A 4 ✓

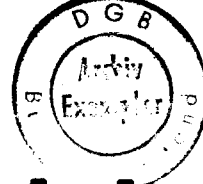
878 ✓

**SPORT**

**FÜR ALLE!**

*Eine Abrechnung mit den  
reformistischen Bundesvorständen*

**VON ERNST GRUBE**



1760-25.273

# Arbeitersport für alle!

## Abrechnung mit der reformistischen Bundesbürokratie | Von Ernst Grube

### Für proletarische Einheitsfront und Klassensport

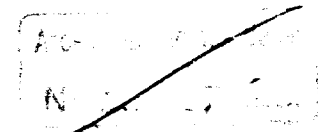
„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit“, sagt der Kleinbürger und begreift nicht, daß die Zeiten und Verhältnisse durch die Menschen geformt und gestaltet werden. Jetzt, in der Zeit der größten politischen Umwälzungen, erfüllt die Arbeiterklasse ihre historische Mission. In China, Indien erheben sich hunderte Millionen von Kolonialsklaven und versuchen das Joch der doppelten Ausbeutung abzuschütteln. In der Weißglut revolutionärer Kämpfe wird das Alte verbrannt. In Spanien stürzt unter dem Massensturm die Monarchie. In großen Teilen Chinas errichten die Kulls die proletarische Rätewacht. In den kapitalistisch entwickelten Industrieländern ringen die Anhänger der proletarischen Diktatur mit den Verteidigern und Anhängern der bürgerlich-faschistischen Diktatur. Die bürgerliche Demokratie ist bankrott. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise rütteln alles auf. Die Werktätigen sehen, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die Arbeitssklaven zu ernähren.

25 bis 30 Millionen Erwerbslose in den kapitalistischen Ländern, Millionen Kurzarbeiter, Lohnabbau, Abbau der Sozialversicherung, politische Unterdrückung der Arbeiterschaft sind die Merkmale in den bürgerlich, sozialdemokratisch und faschistisch regierten Ländern.

### Die Lage in Deutschland

Besonders schwer lasten die Auswirkungen der kapitalistischen Krise und der Politik der bürgerlich-sozialdemokratischen Parteien auf der Arbeiterklasse. Nachdem sich mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften, des Reichsbanners, der Arbeitersportorganisationen unter Führung sozialfaschistischer Sportbürokraten und der anderen, von Reformisten geleiteten proletarischen Massenorganisationen der Faschismus entwickeln konnte, besteht heute für die revolutionäre Arbeiterklasse der Ausnahmezustand. Die Brüningregierung, die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, unterstützt von den Sozialfaschisten, ist eifrig dabei, die letzten politischen Rechte, das Koalitionsrecht, die Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit für die Arbeiterklasse zu beseitigen.

In dieser Zeit des verschärften Klassenkampfes, der politischen Umwälzungen können die Arbeitersportler nicht teilnahmslos beiseite stehen.



1594/68

Im Gegenteil. Sie, die durch ihre körperliche sportliche Betätigung sowohl wie durch ihre in den Sportorganisationen vertretenen Altersklassen die besten Vorbedingungen für den aktiven Kampf gegen das Kapital mitbringen, sollen in vorderster Linie gegen Imperialismus, Faschismus, gegen Lohnraub und Erwerbslosenelend kämpfen.

Mit Hilfe der Faschisten und sozialfaschistischen Führer, die die unter ihrer Führung stehenden Massenorganisationen im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystem einsetzen, hat eine neue Lohnabbau-offensive eingesetzt. Trotzdem in Deutschland jährlich Zehntausende aus Nahrungsorgen oder infolge der Aussichtslosigkeit, wieder in den Produktionsprozeß eingereiht zu werden, Selbstmord begehen, trotzdem in Deutschland nach den Berichten der Aerzte, die Hungerkrankheit, Skorbut, umgeht, bringen es die sozialfaschistischen Führer fertig, alle Forderungen des Kapitals und seiner willfährigen Regierung auf Lohnabbau zu unterstützen.

Lehnen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Angestellten und Beamten gegen den Versuch der Ausbeuter auf, sofort sind die Sozialfaschisten zur Stelle und verteidigen die Unterdrückung. Treten die Arbeiter und Angestellten in den Streik, kommen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten und betätigen sich als Streikbruchorganisatoren. Deutlich zeigt dies der Berliner Metallarbeiterstreik, der Bauarbeiterkampf, der Hamburger Hafenarbeiterstreik und die übrigen Teilkämpfe der Arbeiterschaft.

## Der Kurs der sozialfaschistischen Sportbürokratie

der Gellert, Wildung, Niemann, Strumpf, Kretzschmar und Co.

ist derselbe, wie der der übrigen sozialfaschistischen Führer. Ihre Lösung ist: Bekämpfung der klassenbewußten Arbeitersportler und -sportlerinnen, Verteidigung des bürgerlich-kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsstaates. Wie weit die sozialfaschistische Sportbürokratie in der Bekämpfung der roten Arbeitersportler und -sportlerinnen geht, zeigen drastisch die letzten sportpolitischen Ereignisse.

Sportgenossinnen und Sportgenossen!

Ihr erinnert euch, wie vor der letzten Reichstagswahl in allen Bänden die stärkste Propaganda für die Stimmabgabe für die Sozialdemokratische Partei gemacht wurde. Bei dieser Propaganda kam drastisch zum Ausdruck, was der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD., nach dem Bundestag in Köln ausführte:

„Der Bund ist so gut wie sozialdemokratisch.“

Nun, die in den Arbeitersportverbänden organisierten jungen Arbeiter und Arbeiterinnen haben den Sozialfaschisten die richtige Antwort erteilt. Sie wählten Kommunisten.

Eine Million Stimmen gewann die Kommunistische Partei, die Führerin des Proletariats, ebensoviel Stimmen verlor die Sozialdemokratie, die unausgesetzt Verrat an den Interessen der Arbeiter begeht.

Vor der Wahl schrieb die „Arbeiter-Turn- und Sportzeitung“: „Dem Arbeitersport muß im neuen Reichstag mehr Gerechtigkeit werden.“ Kaum war der Wahlkampf vorüber, vergaßen die sozialdemokratischen Führer die im Wahlkampf gemachten Versprechungen.

## Die sozialfaschistischen Sportführer im Reichstag

Gellert und Schreck, diese beiden sozialfaschistischen Sportbürokraten, stimmten geschlossen mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen alle Anträge der Kommunisten, die im Interesse der Werktätigen gestellt wurden. Gellert und Schreck stimmten (entnommen der Nr. 4 des „Roten Wähler“, Organ der kommunistischen Reichstagsfraktion):

### Immer dagegen

Gegen den kommunistischen Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 371) auf Aufhebung der Artikel-48-Notverordnung der Brüningdiktatur,

für die Ledigensteuer, für die Kopfsteuer, für die Gemeindegottränkesteuer,

für den Abbau der Arbeitslosenversicherung, für den Abbau der Krankenversicherung, für den Abbau der Kriegsoptivversorgung,

für die Krankenschein- und Rezeptgebühr.

Am 25. März gegen den Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Reichsregierung Brüning.

Gegen den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes. (Reichstagsdrucksache Nr. 693, 25. März.)

Gegen den Antrag auf Aufhebung der Verbote kommunistischer Zeitungen. (Reichstagsdrucksache Nr. 961, 25. März.)

Gegen den kommunistischen Antrag auf Besteuerung der Millionäre, der Dividenden und Aufsichtsratsanteile.

Gegen den kommunistischen Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 266, 25. März) auf Aufhebung des § 218, beantragten die Sozialdemokraten zusammen mit dem Zentrum Ausschußüberweisung, obgleich der sozialpolitische Ausschuß über sieben Monate lang überhaupt nicht zusammentritt.

Gegen den kommunistischen Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1001, 25. März) auf Streichung der ersten Rate für den Panzerkreuzer B (Gesamtsumme 10 830 000 Mark).

Gegen den Antrag der Kommunisten auf Streichung des Ergänzungsbauplans für Kriegsschiffe. (Reichstagsdrucksache Nr. 1001, 25. März.)

Gegen die Mißtrauensanträge der Kommunisten gegen Groener, Schiele, Treviranus und Stegerwald und sprachen ihnen dadurch ausdrücklich das Vertrauen aus.

### Aber wofür?

Für den riesigen Heeres- und Marineetat in Höhe von über 750 Millionen. Für die ungeheuerlichen Kürzungen am Sozialetat von 600 Millionen Mark für Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Wöchnerinnen und Mieter.

## Ihr wahres Gesicht

Schreck und Gellert taten noch ein übriges. Gellert begründete im Hauptausschuß des Reichstages, daß die höheren Zuwendungen, die die kommunistische Reichstagsfraktion zur Förderung des Arbeitersportes und der Leibesübungen forderte, nicht bewilligt werden brauchen. Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte folgende Anträge gestellt:

„Im Titel 20 (Förderung des Turn- und Sportwesens) die Summe von 750 000 M. auf 3 000 000 M. zu erhöhen und der Zweckbestimmung folgenden Wortlaut zu geben:

Diese Mittel sind den Arbeitersportorganisationen und Vereinen zum Ausbau ihrer Sportanlagen und Einrichtungen sowie zur sportärztlichen Ueberwachung ihrer Mitglieder zur Verfügung zu stellen.

Die Reichsregierung zu ersuchen, für die im Juli in Berlin stattfindende Spartakiade der RSL 100 000 M. im Etat einzustellen und der zuständigen Organisation in Deutschland, der Reichsleitung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit zu überweisen.“

Nachdem der Sprecher der kommunistischen Reichstagsfraktion diese Anträge begründet hatte, überließen die Bürgerlichen verlegen lächelnd den Vorsitzenden der sogenannten sozialistischen Arbeitersportinternationale, Gellert, die Ablehnung der kommunistischen Anträge zu verteidigen. Dieser Sozialfaschist mühte sich im Interesse der Bourgeoisie, zu beweisen, daß die im Elend lebenden Proleten, die fest zur roten Fahne stehen, nicht verdienen, staatliche Unterstützungen zu bekommen. Wohlwollend quittierte der Verbündete Gellerts, der Zentrumsinnenminister Wirth die Ausführungen seines Verbündeten. Nachdem die kommunistischen Anträge abgelehnt waren, stellte Genosse Grube sofort einen Eventualantrag, für den sich die Führer der Sportorganisationen im Reichsausschuß für Leibesübungen ausgesprochen hatten.

In einer Interpellation an den Deutschen Reichstag haben die Führer des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen Lewald und Dominicus ebenso wie Wildung von der Zentralkommission und M ün k e r vom Reichsverband für deutsche Jugendherbergen gegen die Herabsetzung der Mittel auf 750 000 M. zur Förderung der Leibesübungen Stellung genommen. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Unterstützung der sporttreibenden Arbeiter und der vorgenannten Interpellation beantragte Genosse Grube in einem Eventualantrag, dieselbe Summe zur Förderung des Arbeitersportes und der Leibesübungen wie 1928, das sind 1 500 000 M., im Etat einzustellen. Alle Vertreter der bürgerlichen Parteien, einschließlich Gellert, stimmten jetzt gegen diesen Antrag, für den sie sich in demagogischer Weise vorher bei den Beratungen ausgesprochen hatten. So sehen diese Stützen des Faschismus in Wirklichkeit aus. Vor den Werktätigen in den Sportorganisationen große Worte des Kampfes für Sportinteressen, vor der Diktaturregierung Brüning jämmerliche Kriecherei und Unterwerfung. Das ist das wahre Gesicht dieser „Sportführer“.

Werktätige, zieht daraus die Lehren, kämpft entschlossen an der Seite der roten Sportler gegen den Faschismus und seine Helfer.

## Für Demonstrationsverbot am 1. Mai

Nach dieser Leistung brachten es Gellert und Schreck im Plenum des Reichstages fertig, in namentlicher Abstimmung vor dem

Auseinandergehen des Reichstages gegen folgende Entschliebung der kommunistischen Fraktion zu stimmen:

Fortdauernde Ausgaben

1. Zu Kapitel 1, Titel 1:

Die Reichsregierung aufzufordern, zu veranlassen, daß alle Demonstrationsverbote für den 1. Mai aufgehoben werden.

2. Zu Kapitel 2, Titel 19:

Die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Länderregierungen einzuwirken, daß sie den Gemeinden Anweisungen geben:

- a) daß sie alle die Entwicklung des Arbeitersports einengenden Maßnahmen (Entziehung von Turnhallen usw.) gegenüber den der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit angeschlossenen Organisationen unterlassen;
- b) bei Gesellschaftsfahrten allen Arbeitersport- und Kulturkartellen sowie den ihnen angeschlossenen Organisationen und ihren Mitgliedern Fahrpreismäßigung zu gewähren;
- c) Die Vorbereitungen der Arbeitersportler zur Arbeiterspartakiade der Roten Sportinternationale in Berlin 1931 dadurch zu unterstützen, daß sie den Arbeitersportlern die kommunalen sportlichen Übungsstätten, wie Spielplätze, Stadien, Schwimmhallen, Turnhallen, Jugendheime und Schulen unentgeltlich oder zu denselben Bedingungen wie den übrigen Sport- und Jugendorganisationen zur Verfügung zu stellen;
- d) zur weiteren Förderung des Arbeitersportes und der Leibesübungen den Arbeitersportlern besondere finanzielle Zuschüsse zu gewähren.

## Bundestagspolitik Knebelungsstatuten — faschistische Methoden

Nach dem Kurs dieser sozialfaschistischen „Reichstagspolitik“ werden die Bundestage vorbereitet. Wenn in diesem Youngreichstag das erstmal die Fragen des Arbeitersportes vom Standpunkt der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse stärker behandelt wurden und hierbei die sozialfaschistischen Sportbürokraten ihr wahres Gesicht zeigen mußten, tritt das bei den in diesem Jahre stattfindenden Bundestagen noch mehr in Erscheinung.

Unter Ausnutzung des in Deutschland herrschenden Ausnahmezustandes gegen das revolutionäre Proletariat bereitet die sozialfaschistische Sportbürokratie ihre Bundestage vor. So wie die Noske, Ebert, Scheidemann, Braun, Severing, Grzesinski, Zörgiebel, Schönefelder, Fleißner u. a., d. h. die sozialfaschistischen Minister und Polizeipräsidenten, den Faschisten zeigten, wie man die Arbeiterklasse unterdrückt, beweisen die sozialfaschistischen Sportbürokraten den Faschisten, wie man in den Massenorganisationen das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder beseitigt.

Für den geplanten Bundestag der Arbeiter-Athleten wird von Strumpf und Co. ein Statutenentwurf vorbereitet, der eine völlige Zweckänderung des Bundes vorsieht. Danach hat im Bund die Mitgliedschaft nichts mehr zu sagen. Alles bestimmt der Bundesvorstand. Diese Zweckänderung des Bundes wird deshalb gemacht, um das aus Arbeitergroschen mühselig zusammengetragene Vereinsvermögen, einschließlich der Sportgeräte und Materialien den sozialfaschistischen Sportbürokraten zu sichern.

Bisher herrschte in den Bänden, soweit die Mitgliederversammlungen in Frage kamen, noch etwas proletarische Demokratie. Entschied die Mehrheit der Mitgliederversammlung, was im Verein, in der Ortsgruppe usw. geschehen soll, mußte das auch nach den Bestimmungen des Vereinsrechts in Deutschland durchgeführt werden. Nach der Zweckänderung des Bundes ist es so, daß die Mitglieder des Vereins beschließen können, was sie wollen, nach den neuen Bundesstatuten soll das nach den Willen der Bundesvorstände keine Geltung haben.

Wenn ihr Mitglieder z. B. heute beschließt, ihr wollt einen anderen Sportplatz oder Turnhalle nehmen und der Bund, der mit den sozialfaschistischen Kommunalpolitikern Hand in Hand arbeitet, das nicht will, kann er euch das verbieten. Ihr selbst habt nichts zu bestimmen. Solche Statuten und Satzungen sind das Ideal aller Faschisten, z. B. gelten solche Statuten für die von Mussolini in Italien gegründeten Gewerkschaften. Diese faschistische Gewaltherrschaft, die Strumpf vom Arbeiter-Turn- und Sportbund abgucken hat, wird in allen Bänden durchgeführt.

Für den in München vorgesehenen Bundestag des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Bundes liegen vom Bundesvorstand und seinen willfährigen Trabanten Anträge vor, die ebenfalls die Zweckänderung des Bundes herbeiführen sollen.

Dabei nützen nach echt faschistischen Methoden die Bundesvorstände die bisher bestandene proletarische Tendenz für sich aus. Die Zweckänderung führen sie durch, nachdem sie einen Teil der Opposition ausgeschlossen haben. Jetzt genügt die einfache Mehrheit. Ist das verschlechterte Statut angenommen, dann gehört zur Durchführung einer erneuten Zweckänderung im Interesse der Arbeiter eine Neunzehntelmehrheit. Da die sozialfaschistische Sportbürokratie in den Statuten vorgesehen hat, daß die Mitglieder der Bundesvorstände und z. T. die übrige bezahlte Bundesbürokratie, Kreisleiter, Gauvorstände usw. Stimmrecht auf den Bundestagen haben, wird in Zukunft niemals eine Neunzehntelmehrheit für proletarische Anträge vorhanden sein.

Die im faschistischen Sinne geänderten Statuten werden deshalb noch eingeführt, weil die sozialfaschistische Sportbürokratie trotz Turnhallen- und Sportplatzraub, den sie täglich an den klassenbewußten Arbeitersportler begeht, ihren Niedergang nicht aufhalten und unseren Vormarsch nicht verhindern kann.

Die Auslieferung der Arbeitersportler und -sportlerinnen inklusive des Vereinseigentums an den faschisierten Staat ist die Krönung des bisherigen Verrates der Renegaten des Arbeitersportes.

Daß die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit nach wie vor die sozialfaschistische Sportbürokratie bei dem geplanten Raub der Vereinsvermögen und der proletarischen Demokratie auf die Finger klopfen wird, ist selbstverständlich.

## In die Wolfsschlucht

mit diesen Knebelungsstatuten der sozialfaschistischen Sportbürokraten muß die Losung jedes Arbeitersportlers und jeder Arbeitersportlerin sein. Niemand können aufrechte Arbeiter und Arbeiterinnen die sozialfaschistische Politik mitmachen und verteidigen. Für sie alle steht heute die Frage des Kampfes gegen den Faschismus, gegen die Knebelung der Arbeiterbewegung.

Welche Früchte die sozialfaschistische Politik der Severing, Braun,

der Gellert, Wildung hervorbringen, beweist allen die von Hindenburg erlassene, von Severing vorgeschlagene Notverordnung. Während die sozialfaschistische Presse der proletarischen Öffentlichkeit vorgaukeln will, als sei diese Notverordnung erlassen, um gegen die Nationalsozialisten und Fernemörder zu kämpfen, sieht die Wirklichkeit so aus, wie nachfolgende Vorfälle zeigen:

## Gesellschaftsfahrt der Wanderer verboten

Die Wandersparte Fichte, Abteilung Lichtenberg, hatte seit Monaten in der Abteilung festgelegt, Ostern einen Ausflug nach der Sächsischen Schweiz zu machen. Hierauf bekamen sie vom Polizeipräsidium folgende Mitteilung:

Abschrift:

Der Polizeipräsident.  
Abtlg. IA.  
Tgb.-Nr. 706, IA 4/1931.

Berlin, den 1. April 1931.

### Verbot.

Auf Grund des § 1 in Verbindung mit § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 verbiete ich die von der Fichte-Wandersparte, Abteilung Lichtenberg, in der Zeit vom 2. April bis 6. April vom Bahnhof Stralau-Rummelsburg über Dresden—Pirna—Zeughaus und zurück geplante Personenfahrt auf Lastwagen, weil nach den Umständen zu besorgen ist, daß die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet ist. Die Verordnung bestimmt in § 4:

„Wer unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot eine Lastwagenfahrt veranstaltet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft; daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden. Wer an einer verbotenen Lastwagenfahrt teilnimmt oder den Wagen für sie zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft. Wird zu einer verbotenen Fahrt ein Lastkraftwagen benutzt, so kann seine polizeiliche Zulassung bis zur Dauer eines Jahres entzogen werden.“

In Vertretung: gez. Goehrke.

Bei den Verhandlungen wegen Zurücknahme dieses Verbots erklärte Dr. Schnitzler von der IA wörtlich:

„Die Notverordnung richtet sich nur gegen linksstehende Vereine und da Fichte ein linksstehender Verein ist, fallen folglich auch sie als Wanderer, und wenn sie nur eine Gesellschaftsreise machen wollen, unter das Verbot.“

## Sportwerbung ist „politische Ausschreitung“

Am 3. Mai erfolgt überall zur Vorbereitung der Spartakiade das Ansporneln und Anturnen. Wie der Arbeitersport gefördert wird, zeigt hierbei ein Schreiben an die Fichtegruppe in Köpenick:

Abschrift:

Der Polizeipräsident.  
Abtlg. IA.  
Tgb.-Nr. 833 IA 4. 31.

Berlin, den 10. April 1931.

Auflage.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 mache ich für das

von dem Arbeitersportverein „Fichte“, Gruppe Köpenick, am 3. Mai d. J. auf dem städtischen Sportplatz Wendenschloß, abgesehen von den übrigen erforderlichen Genehmigungen, die Sie vom Bezirksamt Köpenick und vom Polizeiamt Köpenick besonders einzuholen haben, folgende Auflage:

**Ein Umzug oder Marsch in geschlossener Formation mit oder ohne Musik darf in keinem Falle stattfinden.**

Die Verordnung bestimmt in § 2: „Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, bestraft werden, wer unter Zuwiderhandlung gegen eine Auflage eine Versammlung, einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt.“

In Vertretung: gez. Goehrke.“

## **Paddeln ist staatsgefährlich**

Eine besondere „Glanzleistung“ ist die Verbotsbegründung des Preußischen Wasserbauamts für die Faltbootsparte des Arbeitersportvereins Fichte. Wie alljährlich hatte die Faltbootsparte ihr Anpaddeln bei dem Wasserbauamt eingereicht. Hierauf bekamen sie folgendes Schreiben:

Abschrift:

Preußisches Wasserbauamt, Berlin.  
Tgb.-Nr. II. 676/31.

Berlin, den 14. April 1931.

Auf die gefl. Schreiben vom 11. 3. und 11. 4. d. J.

Dem Antrage, am Sonntag, dem 19. April d. J., mit etwa 100 bis 120 Sportbooten auf der Spree und dem Landwehrkanal am Treptower Park bis nach Spandau ein gemeinschaftliches Anpaddeln „Quer durch Berlin“ zu veranstalten, kann auf Grund des Gesetzes über die Befriedigung der Gebäude des Reichstages und der Landtage vom 8. Mai 1920 und der Verordnung über den befriedeten Bannkreis des Reichstagsgebäudes vom 17. Mai 1920 sowie in Hinsicht auf § 1, Ziffer 1, 2 und 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 zu meinem Bedauern nicht entsprochen werden.

Der Vorstand des Wasserbauamtes Berlin.  
gez. Zechlin.

Nach dieser Auffassung sind die Faltbootfahrer auf dem Wasser eine Gefahr für den auf ein halbes Jahr vertagten Reichstag.

## **3.— Mark Gebühren für — Verbot**

Die Anwendung der Verordnung auf diese Weise geschieht nicht nur in Berlin, dasselbe sehen wir im Reich.

Z. B. hatte die Sportvereinigung „Freiheit“ Löbnitz seit Monaten eine Abmachung mit unserer Fußballgruppe Berolina, Berlin, getroffen, mit der sie am 5. April ein Spiel austragen wollten. Vor der Abfahrt erhielten sie vom Bürgermeister folgendes Schreiben:

Löbnitz, den 2. April.

Die von der Sportvereinigung „Freiheit“. Opposition, am 3. April 1931 geplante Personenfahrt auf Lastwagen nach Berlin-Neukölln wird hiermit auf Grund von § 1, Absatz 1, Ziffer 4 und § 4, Absatz 1, der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 verboten. ■ ■ ■ ■

Auf die Strafbestimmungen der eingangs erwähnten Verordnung wird besonders hingewiesen.

3 M. Gebühren für Amtshandlungen nach dem Gebührenverzeichnis zum Kostengesetz fallen der Sportvereinigung „Freiheit“ zur Last und sind binnen drei Tagen an unsere Stadtkasse zu bezahlen.

gez. Der Bürgermeister.

## **Auch Faltboote auf Lastwagen bedrohen die „Republik“**

Die Faltbootfahrer Fichte haben seit Monaten eine Fahrt nach Hamburg festgelegt, um mit ihren Faltbooten eine Elbe- und Alsterfahrt zu machen. Obwohl solche Fahrt, die nicht anmeldepflichtig ist, nicht unter die Diktaturverordnung fällt, teilte Dr. Schnitzler vom Polizeipräsidium auf Anfrage mit, daß diese Fahrt im Auto mit Faltbooten nicht stattfinden dürfe, und zwar deshalb nicht, weil nicht von jedem Regierungspräsidenten, dessen Machtbereich die Autos bei ihrer Durchfahrt berühren, die schriftliche Genehmigung für die Durchfahrt vorliegt.

Diese Beispiele könnten um Dutzende vermehrt werden, da die faschisierten Polizeipräsidenten dazu übergegangen sind, weitere Sportveranstaltungen zu verbieten, Waldläufe zu verhindern usw.

Das ist das Gesicht der von den Sozialfaschisten gelobten und bankrotten bürgerlichen Demokratie

## **Kampf den sozialfaschistischen Spaltern, für revolutionäre Einheit**

Klar und eindeutig geht aus dem sozialfaschistischen Kurs der Bundesbürokratie hervor, daß sie bewußt die Arbeitersportbewegung im Interesse der Erhaltung und Verteidigung der kapitalistischen Ausbeutung gespalten haben. Während sie durch ihre Politik den Faschismus förderten, haben sie in verlogener Weise gegenüber den Mitgliedern der Arbeitersportbewegung die Gefahr des Faschismus geleugnet. Als nach den letzten Wahlen 6½ Millionen Stimmen für die Nationalsozialisten abgegeben wurden, und die Arbeiterschaft die Gefahr des Faschismus besser erkannte, machte Gellert u. Co. ein neues Manöver. Um die von der sozialdemokratischen Partei davonlaufenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu halten, erließen sie am 28. Oktober 1930 ein Rundschreiben, in dem es unter anderem hieß: „Die Organisationen der Arbeiterschaft und mit ihr die Errungenschaften jahrzehntelanger Kämpfe sind in Gefahr. Durch die Fütterung mit heuchlerischen Phrasen ist ein Teil der deutschen Wählerschaft in ihrer politischen Ueberzeugung haltlos geworden. Das hat dazu geführt, daß der Faschismus in Deutschland an Boden gewann. Jetzt wird er versuchen, auf angeblich legalem und gesetzlichen Wege seine Stellung zu stärken und alles aus dem Wege zu räumen, was sich gegen ihn einstellt. . . .“

Was Gellert mit diesem Rundschreiben bezweckte, tritt dann deutlich

zum Schluß in Erscheinung. Dort heißt es: „Richtungsgebend für die Arbeit der kommenden Zeit seien folgende Hinweise:

1. Mit der Partei (gemeint ist die sozialdemokratische) und der Gewerkschaft ist örtlich sofortige Verbindung aufzunehmen.
2. Alle in dieser Richtung liegenden Anweisungen, die von obigen Instanzen ausgehen, sind sofort und gewissenhaft zu befolgen. Alle Veranstaltungen der Partei und der Gewerkschaft sind als vorrangig zu bewerten und müssen auch von unseren Bundesgenossen stärker als bisher besucht werden.

Daß in diesem Rundschreiben auch die Kampfgemeinschaft angegriffen wurde, sei nur nebenbei erwähnt.

Was lehrt der Arbeiterschaft dieses Rundschreiben? Es lehrt, daß die Arbeitersportbewegung bedingungslos von den Sportbürokraten an die sozialfaschistische Partei gekettet werden soll.

## Die Kampfmethoden der Bundesbürokraten

Darüber hinaus wird das Ergebnis der Reichstagswahl und die durch die Schuld der Sozialfaschisten gezüchtete faschistische Gefahr benützt, um sogenannte Schutzformationen aufzustellen. Welche Aufgaben diese von Wildung-Gellert propagierten Schufostaffeln in den Bündnissen übernehmen sollen, illustriert deutlich der Vorgang in der Wildung-Versammlung in Hamburg.

In einer vom Arbeitersportkartell Groß-Hamburg einberufenen Versammlung sprach Wildung. Von den Mitgliedern der Arbeitersportorganisationen Groß-Hamburgs waren nur wenige erschienen. Dagegen hatte der von den Reformisten geleitete Ortsausschuß des ADGB, das Reichsbanner zur Sportlerversammlung dirigiert. In provokatorischer Weise hetzte in dieser Versammlung Wildung gegen die anwesenden roten Arbeitersportler.

Auf Grund dieser Hetze stürzten sich die Rollkommandos des Reichsbanners und die Mitglieder der Schufostaffeln in Verbindung mit der von dem Sozialdemokraten Schönefelder geleiteten Polizei auf die anwesenden Arbeitersportler, die der Kampfgemeinschaft angeschlossen sind. Die von dem sozialdemokratischen Senator Ehrenteit und Wildung aufgeputschten

Reichsbanner- und Schuforollkommandos trieben den von ihnen geschlagenen 15jährigen Lehrling und Arbeitersportler Stauder, ein Bundesmitglied vom Arbeitersportverein Altona-Ottensen, der Polizei zu, von der dieser junge Sportler buchstäblich zu Tode geprügelt wurde. Eine Anklage gegen den Totschläger ist nicht erfolgt.

Diesen an dem Arbeitersportler Stauder ausgeführten Totschlag verteidigt und beschönigt die sozialfaschistische Sportbürokratie und versucht in echt demagogischer Weise die Arbeiterschaft von diesem Verbrechen, das Wildung u. Co. begangen haben, abzulenken. In der 14 Tage vorher tsattgefundenen öffentlichen Sportlerversammlung in Hamburg, in der Genosse Grube sprach, zu der die sozialfaschistische Sportbürokratie eingeladen und ihr unbeschränkte Redezeit zugesichert war, war sie nicht erschienen. Weil sie ihre verbrecherische Spaltungspolitik bei Anwesenheit der Wortführer der Kampfgemeinschaft vor den Arbeiter nicht vertreten können, deshalb hetzen sie die Arbeiter in der vorgenannten Weise gegeneinander. Sie wollen keine einheitliche Kampffront der Arbeiter, sondern die Einheit mit der Bourgeoisie.



## Eines der Opfer der Kampfmethoden der Bundesbürokratie

Der erschlagene 15jährige Genosse Berth. Stauder, Mitglied des bundes-treuen Vereins „Ottensen 1893“

## Die Klassenjustiz soll helfen

Da die sozialfaschistischen Spalter sehen, daß die Mitglieder und darüber hinaus die gesamte Arbeiterschaft ihren Spaltungskurs durchschaut, und zur Kampfgemeinschaft kommt, holen sie sich die Klassengerichte zu Hilfe. Aber selbst die der revolutionären Arbeiterschaft gegenüber feindlich eingestellten Klassengerichte können den in Bedrängnis geratenen Bundesbürokraten wenig helfen. Die von der Kampfgemeinschaft vorgebrachten Argumente beweisen durchschlagend, daß die Sportbürokratie nicht Trägerin der Tradition der klassenmäßig eingestellten Arbeitersportbewegung ist. Selbst die Gerichte mußten zugeben, daß Gellert u. Co. die Arbeitersportbewegung in eine sozialdemokratische Sportorganisation umstellen will, besonders drastisch zeigte dies der vom alten Arbeitersport- und Kulturkartell Groß-Berlin geführte Prozeß gegen den Bund. Um ihre schlechte Stellung zu stärken, scheuten sich die Oehlschläger, Bartelmann, die willfährigen Lakaien von Wildung und Gellert, nicht, vor Gericht die größten Unwahrheiten anzuführen. In seiner Begründung für die Richtigkeit der Stellung des Arbeitersport- und Kulturkartells mußte selbst das Klassengericht ausführen, daß Gellert-Wildung gar nicht berechtigt waren, das Arbeitersport- und Kulturkartell Groß-Berlin aufzulösen. Auch die Unterstellung von Oehlschläger, Bartelmann u. Co., als sei das der Kampfgemeinschaft angeschlossene Arbeitersport- und Kulturkartell Groß-Berlin eine kommunistische Organisation, konnte den sozialdemokratischen Lakaien nicht helfen. Wörtlich wird in der Begründung dieses Urteils ausgeführt:

„Unerheblich für die Frage der Zweckänderung ist die Behauptung, daß das Arbeitersport- und Kulturkartell Groß-Berlin unter kommunistischem Einfluß stehe . . .“

„Da Oehlschläger bis zum Frühjahr 1928, solange er der Kommunistischen Partei angehörte, unangefochten Vorsitzender des Arbeitersport- und Kulturkartells gewesen war, kann die Tatsache, daß an seiner Stelle bei der Neuwahl im Jahre 1928 der gleichfalls der Kommunistischen Partei angehörige Landtagsabgeordnete Zobel zum Vorsitzenden gewählt worden ist, nicht als eine dem Zweck des Vereins widersprechende Beziehung zur Kommunistischen Partei Deutschlands erblickt werden . . .“

„Nach alledem stellt der Kläger (das der KG. angeschlossene Arbeitersport- und Kulturkartell Groß-Berlin) die Fortsetzung des alten Vereins Kartellverband Groß-Berlin für Sport und Körperpflege dar.“

Dieses Urteil wurde am 26. November 1930 vom Kammergericht Berlin gefällt.

## Satzungen gefälscht?

Eine ebenso derbe Ohrfeige erhielt der Arbeiter-Turn- und Sportbund bei seiner Klage, die er gegen den Arbeiter-Turn- und Sportverein Oberfrohn a. V. führte. In seiner Ausschlußwut hatte der Bundesvorstand verlangt, daß das Gericht den ausgeschlossenen Arbeiter-Turn- und Sportverein Oberfrohn verurteilen soll, daß er sich nicht weiter als Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und der Sächsischen Spielvereiniung bezeichnen darf.

Keine Hinweise der Vertreter des Bundesvorstandes und seiner Rechtsanwälte konnten den Nachweis erbringen, daß die vom Bundesvorstand vorgenommene Satzungsänderung rechtsgültig sei. Im Gegenteil, das Gericht mußte entscheiden, „daß alle Handlungen (Statutenänderungen), die der Bundesvorstand vorgenommen hat, die Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes nicht berührt“, das bedeutet, daß alle Vereine, die die faschistischen Bundesstatuten abgelehnt haben, nicht vom Bund ausgeschlossen werden können. Weiter mußte das Gericht entscheiden, daß die Annahme der Satzungsänderung durch den Bundestag keine Wirkung auf die Mitglieder der Vereine hat, weil der Bundestag vom 1. Juni 1930 nicht als Bundestag der Mitgliedschaft anerkannt werden kann, sondern eine nach dem Belieben des Bundesvorstandes zusammengesetzte Konferenz gewesen ist.

## Spartakiade — Ausschlußgrund?

Die Spaltungs Lorbeeren des Bundesvorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ließen die anderen sozialdemokratischen Bundesvorstände, die ihre Organisation ebenfalls als eine Hilfsorganisation, als eine Filiale der SPD. ansehen, nicht schlafen. Getreu ihren Vorbildern, Gellert und Wildung, mißachteten sie die von der Mitgliedschaft eingeführte proletarische Demokratie.

So schloß der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“ Mitglieder aus, die sich an der Spartakiade 1928 in Moskau beteiligten.

Wie willkürlich Niemann u. Co. gehandelt hatten, mußte diesen sozialfaschistischen Spaltern vom Landgericht Darmstadt bestätigt werden. Niemann hatte den Sportgenossen Hans Löwendahl, Frankfurt a. Main, wegen seiner Beteiligung an der Spartakiade in Moskau ausgeschlossen. Da der Bundesvorstand die proletarische Demokratie der Mitgliedschaft nicht anerkannte, mußte das bürgerliche Gericht, wenn auch ungern, bestätigen, daß Löwendahl vom Bundesvorstand nicht ausgeschlossen werden durfte.

Der Bundesvorstand wurde verurteilt, anzuerkennen, daß Löwendahl nach wie vor Mitglied des Bundes ist.

Der Bund hatte die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Auch dieses Gericht führte in seiner Begründung aus, daß der Bundesvorstand willkür-

lich und nachträglich die Satzungen zu seinen Gunsten geändert hat, ohne daß sie von einem satzungsgemäß vorbereiteten Bundestag beschlossen waren.

## Staatsfeind!

Diese aus der Fülle der vorliegenden Urteile angeführten Beispiele zeigen allen Mitgliedern, welche Gaunereien die sozialfaschistische Sportbürokratie betreibt. Sie begehen Satzungsgefälschungen, machen bewußt falsche Angaben, nur um ihre sozialfaschistische Spaltungspolitik rechtfertigen zu wollen. Diese von den sozialfaschistischen Bundesbürokraten angezettelten gerichtlichen Auseinandersetzungen vor den Klassengerichten zeigen dieselbe Arbeiterfeindlichkeit wie die Kampagne bei der Entziehung der sportlichen Übungsstätten, Turnhallen, Spielplätze, Ferienheime usw. Hier betätigen sich die sozialdemokratischen Sport- und Parteiführer noch ganz besonders als Denunzianten. Während sie in der Öffentlichkeit, in ihren Zeitungen von der körperlichen Schädigung, die durch die Rationalisierung und die Wirtschaftskrise bei den Arbeitern und ihrem Nachwuchs hervorgerufen wird, schreiben und sprechen, zeigt die Praxis, daß das nur ganz gewöhnliche Heuchelei ist. Ein drastisches Beispiel dafür bietet Berlin. Hier liegt die sportliche Erziehung der Arbeiterschaft ausschließlich der Kinder fast ausschließlich in den Händen der roten Sportler. Was tun die um die „Gesundheit der Arbeiter besorgten sozialdemokratischen Führer“, die Braun und Severing? Sie erlassen eine Verordnung, nach der die Arbeiterkinder aus den Turnhallen heraus und in die Gasthöfe und Schankstätten hinein müssen? In ihrer Begründung berufen sie sich auf die Mitteilungen der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, Grzesinski. Der Vorsitzende des Provinzial-Schulkollegiums, der die Räumung der Turnhallen veranlaßt, ist der Sozialdemokrat König, der verantwortliche Schuldezernent in Berlin selbst ist der Sozialfaschist Niedahl.

Um die vor der Arbeiterschaft nicht zu verteidigenden Denunziationen und Verrätereien zu bemänteln, schreien die getreuen Diener des Kapitals, die sozialfaschistischen Bundesbürokraten, daß die roten Sportler staatsfeindlich sind.

Wir fragen jeden Arbeiter und jede Arbeiterin, ob sie die kapitalistische Ausbeutung und das die kapitalistische Ausplünderung schützende System beseitigen wollen und ob sie für die Herrschaft der Arbeiterklasse eintreten, die mit der Ausbeutung der Menschen Schluß machen und die klassenlose Gesellschaftsordnung einführen will. Jeder Prolet wird diese Frage mit ja beantworten. In diesem Sinne waren wir vor dem Kriege und sind wir jetzt, nachdem sich die kapitalistische Ausbeutung noch verschärft hat, weiter staatsfeindlich.

Wenn wir von den kapitalistischen Verwaltungen keine Unterstützungen, sondern die selbstverständlichen Beihilfen zur Förderung des Arbeitersports und der Leibesübungen fordern, so verlangen wir nicht mehr und nicht weniger, als nur einen Teil des Geldes zurück, das von dem Kapitalisten und seiner Republik aus der Arbeiterschaft herausgepreßt wird. Die Sportplätze und Stadien gehören nicht dem kapitalistischen Staat, sondern den Werktätigen, die diese Sportplätze aus ihren Steuergroschen bezahlt und geschaffen haben. Darum haben wir gar keine Ursache, besondere Bitten an den kapitalistischen Staat zu richten, sondern wir fordern die Arbeiterschaft auf, das zu verlangen, was ihr gehört.



Deshalb müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen die richtige Lehre aus den Denunziationen der Gellert und Co. ziehen und den Sozialfaschisten durch ihren Anschluß an die Kampfgemeinschaft die gebührende Antwort geben.

Ihr müßt die Voraussetzungen für eine Massenbasis des Arbeitersports schaffen. Daß der sozialfaschistische Sportkurs in den Bünden die Grundlage für eine Massensportbewegung zerschlagen hat, ist jedem klar. Die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter, die den Sport im Interesse und der Verteidigung der Klassenziele des Proletariats betreiben, sollen mit uns gemeinsam für die Einheit im Arbeitersport kämpfen. Wir wissen, daß auch heute die meisten Gruppen und Vereine entsprechend der Klassen-tradition der Arbeitersportbewegung derselben Auffassung wie wir sind, Sie sollen mit uns die Einheitsfront im Kampf gegen die Reaktion und den Faschismus, gegen den bürgerlichen Sport und die Verbürgerlichung des Arbeitersports herstellen. Der parteilose, der sozialdemokratische, der kommunistische Arbeiter sind berufen, auf der Grundlage des Klassensports die Ziele des Proletariats in geschlossener Front zu verteidigen. Eure und unsere Lösung ist:

## Kampf um den Sozialismus

Arbeitersportler und -sportlerinnen!

In der jetzigen Situation des verschärften Klassenkampfes gilt es klare Entscheidungen zu fällen. Ihr, die ihr infolge der sportlichen Betätigung, der körperlichen Kräftigung, zu den besten Teilen des klassenbewußten Proletariats gehört, ihr sollt so handeln, wie es die Klasseninteressen des Proletariats erfordern.

**Weg mit der sozialfaschistischen Politik der Bundesbürokratie!**

Wir wollen Träger der alten traditionellen Arbeitersportbewegung und Kämpfer für die Ziele des Sozialismus sein. Wenn Wiltung auf dem Bundesturntag 1907 in Stuttgart unter dem Druck der jungen, vorwärtsstürmenden, von proletarischer Begeisterung getragenen Arbeitersportbewegung ausführen mußte:

„Wir müssen die Arbeiterschaft von einer Organisation loslösen, wie die Deutsche Turnerschaft, die unter Zuhilfenahme reaktionärer Mittel kämpft“.

so zeigen euch die jetzigen politischen Tatsachen, daß die sozialfaschistische Bundesbürokratie nicht nur mit den reaktionären Mitteln des früheren wilhelminischen Regimes vorgeht. Sie wenden gegen euch und uns die reaktionär-faschistischen Unterdrückungsmittel der Mussolini-Pilsudski, der faschistischen Diktatoren an. Sie haben längst aufgehört, zum Proletariat zu gehören. Ihre Denkweise ist rein bürgerlich.

Die soziale Befreiung des Proletariats, die soziale Revolution, sie hassen sie, wie Ebert ausführte, wie die Pest.

Ihr wollt nicht euer Leben für die Ziele des Kapitalismus einsetzen und Hungers sterben. Was bietet euch die bürgerliche, kapitalistische Republik samt ihren sozialfaschistischen Beschützern? Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit, Gefängnis, Zuchthaus — Hoffnungslosigkeit! In allen kapitalistischen Staaten dasselbe Bild.

Nur in einem Lande gibt es keine Erwerbslosigkeit, das ist dort, wo die Arbeiter und Bauern die Kapitalisten und Ausbeuter verjagt haben. In der Sowjetunion, auf einem Sechstel der Erdoberfläche, haben die Arbeiter und Bauern die Macht. Dort ist die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen beseitigt. Dort ist kein Lohnabbau, kein Abbau der Sozialversicherung, keine Unterdrückung der Arbeiter und Bauern. Dort wird nach dem Grundsatz verfahren, „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ In der Sowjetunion ist Arbeit für alle. Die Kraft des sozialistischen Aufbaues reicht soweit, daß unsere Arbeitsschwester und -brüder aus der Sowjetunion durch Vergebung von Aufträgen noch Hunderttausende von Proletariern in den kapitalistischen Staaten Beschäftigung geben.

In der Sowjetunion gibt es keine faschistischen Organisationen, die im Interesse und Auftrag der Kapitalisten Arbeiter bekämpfen und morden. Dort gibt es aber rote Sportorganisationen, die Millionen Mitglieder haben. Daß bei jedem größeren Betrieb ausreichende Sport- und Spielplätze, Turnhallen, Klubhäuser sind, ist dort eine Selbstverständlichkeit. Die Förderung und Betreibung der physischen Kultur ist in jedem Büro, in jedem Betrieb ein Bestandteil des Arbeitsprogramms. Die Durchführung solcher Maßnahmen ist nur möglich, weil dort der Sozialismus verwirklicht wird. Keine Verleumdung der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse kann diese Tatsache beseitigen.

Weil die Kapitalisten und ihre Lakaien sehen, daß in der Sowjetunion Fortschritt und Aufbau ist, deshalb ihr Haß und ihre Wut. Deshalb die imperialistischen Rüstungen zur Vorbereitung des Ueberalles auf die Sowjetunion. Um die Arbeiter nicht wieder zu Millionen auf den Schlachtfeldern des Imperialismus opfern zu lassen, setzt sich die Kampfgemeinschaft zum Ziel, die Mehrheit der Werktätigen, die sich in den Sportorganisationen befinden, aufzuklären und unter den Lösungen der Kampf-gemeinschaft zu sammeln. Darüber hinaus führen wir eine großangelegte Agitation für den proletarischen Wehrsport, woran sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligen können.

## Die Ziele der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit

**Kampf der Verbürgerlichung des Arbeitersports, Gewinnung aller werktätigen Sportler und Sportlerinnen in den bürgerlichen Sportverbänden. Einsetzung aller Kräfte zur Ueberwindung des Kapitalismus, unermüdblicher Kampf für den Sozialismus.**

Hierzu betreiben wir eine sportpolitische Aufklärungs- und Schulungsarbeit, wie sie im Interesse der Ausgebeuteten, nicht der Ausbeuter liegt. Insbesondere ist unsere sportpolitische Erziehungsarbeit auf die Entfaltung einer breiten Jugendpolitik eingestellt. Der von den andern mißbrauchte Grundsatz, wer die Jugend hat, hat die Zukunft, wird bei uns, wie die Verhältnisse der Sowjetunion zeigen, praktisch verwirklicht. Wir kämpfen gemeinsam mit der Jugend für eine Zukunft, in der es keine Erwerbslosigkeit, Elend, Not und politische Unterdrückung gibt. Unsere Gegenwartsforderungen für die Jugend sind:

Hinweg mit der vormilitärischen Erziehung der Jugend durch den bürgerlichen Sport.

Hinweg mit der Arbeitsdienstpflicht und der Zwangssportkurse, die der Anfang dieser Arbeitsdienstpflicht sind.

**Gleichen Lohn für gleiche Arbeit.**

Ausreichende Unterstützung aller jugendlichen Erwerbslosen für die ganze Dauer ihrer Erwerbslosigkeit.

Wehrsportliche Erziehung der Jugend zum Massenkampf gegen Faschismus, Kapitalismus und Imperialismus.

Die Gleichberechtigung der Frau verteidigen wir gegenüber allen reaktionären Einstellungen. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist nur möglich durch die Einbeziehung unserer Sportgenossinnen in die gesamte sportpolitische und organisatorische Tätigkeit und ihre Einbeziehung in alle leitenden Funktionen.

Den gesteigerten sportpolitischen Aufgaben entsprechend ist in der Kampfgemeinschaft die technisch-methodische Arbeit eingegliedert. Sie ist mit die Basis, um die sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu befähigen, ihre Aufgaben im proletarischen Klassenkampf zu erfüllen. Bei uns gibt es keine Gegenüberstellung der sportpolitischen Tätigkeit und der technisch-methodischen Arbeit. In der roten Sportbewegung ist das wichtigste Prinzip, daß die Erziehung zum Kollektivismus und zur proletarischen Solidarität die Grundlage aller Arbeit sein muß. Dieses Prinzip kann nur in einer Organisation durchgeführt werden, die sich zum Ziel gesetzt hat, Altes, Ueberlebtes und Faules zu zerschlagen und Neues aufzubauen.

Die Verwirklichung unserer Bestrebungen setzen einen Organisationsaufbau voraus, der die Schlagkraft der Arbeitersportbewegung erhöht. Nachdem durch Massenausschluß aus den Bünden und Zustrom aus der übrigen Arbeiterschaft und den bürgerlichen Sportorganisationen der Kampfgemeinschaft Hunderttausende angeschlossen sind und alle Länder mit uns im Spielverkehr stehen, hat die Kampfgemeinschaft eine starke, feste Organisationsgrundlage geschaffen. Der Aufbau vollzieht sich nach den Grundsätzen der proletarischen Demokratie. Das ist ausschließliches Bestimmungsrecht der Mitglieder, bei Vorhandensein eines gut organisierten zentralistischen Aufbaus. Wenn in der Kampfgemeinschaft in Berlin der größte Zentralverein der Welt geschaffen werden konnte und keine andere Sportorganisation imstande ist, ähnliches zu vollbringen, so deshalb, weil bei uns das Gemeinschaftsprinzip, Wahrnehmung der Interessen der Massen, über alles steht. Wir richten den Appell an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, an alle sporttreibenden Werktätigen:

**Beteiligt euch an der Durchführung der Sportarbeit und den Sparta-  
kläden der Kampfgemeinschaft und der Roten Sportinternationale!**

**Werbt mit uns für die Gewinnung der Werktätigen in den bürger-  
lichen Sportorganisationen für die Ziele des roten Klassensports.**

**Zeigt dem internationalen Proletariat, daß ihr in der großen prole-  
tarischen Kampffront mit in vorderster Linie stehen wollt!**

**Formiert mit uns die Einheitsfront aller Arbeitersportler und Sport-  
lerinnen auf der Grundlage des Klassensports.**

**Kämpft mit uns für rote Sporteinheit, gegen Faschismus und Sozial-  
faschismus!**

**Hinein in die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit!**

**Rot Sport!**